Frage:

1. Seit wann und in welcher Form hat das GA des Landkreises Kenntnis von der grenzwertüberschreitenden Bleibelastung des Trinkwassers und wieviele Haushalte betrifft dies aktuell im Stadtteil Süderwisch?

Beantwortung durch Dr. Dehne:

Add 1)

Am 15. September 2017 erhielt das GA Kenntnis von erhöhten Bleiwerten in einer von einem Mieter in der Küddowstr 7 selbst durchgeführten Trinkwasserprobe. Das GA informierte daraufhin den Eigentümer über das Ergebnis und wies auf die rechtlichen Pflichten des UsI (Unternehmer und sonstiger Inhaber) hin (e.g. Information der Mieter mit Sofortmaßnahmen, Bestätigung oder Ausschluss des Verdachtes durch eine regelhafte Stagnationsbeprobung nach UBA- Empfehlung, Sanierungsplanung) und bat um kurzfristige Rückmeldung.

Der Mieter, Vater einer 10jährigen Tochter, wurde ursprünglich von der Lehrerin seiner Tochter darauf angesprochen, dass seine Tochter in der Schule nicht gut mitkommt. ...Durch den Hausmeister hatte der Vater vor etwa einem halben Jahr erfahren, dass in dem Haus noch Bleileitungen vorhanden sind. Er wandte sich daraufhin an die Hausärztin, die ihm empfahl, dass Wasser untersuchen zu lassen.

Der Eigentümer war zunächst nicht kooperativ, so dass die Aufforderung zur Stagnationsprobe auf dem Rechtsweg erfolgte. Die Stagnationsprobe wurde am 18.10.2017 durch das GA entnommen, alle Werte waren deutlich über dem zulässigen Grenzwert von 0,01 mg/l. Daraufhin erfolgte die umgehende Anordnung der Information über die Verwendungseinschränkungen des Trinkwassers, einer Ersatzversorgung und einer Sanierungsplanung.

Basierend auf Ortsbegehungen und Recherchen zur Baugleichheit ermittelte das GA daraufhin proaktiv 49 Gebäude mit insgesamt 208 Wohneinheiten (alle in der Hand eines Eigentümers), in denen sichtbare Bleirohre vorhanden sind, beziehungsweise in deren Trinkwasserinstallationen in Folge ein erhöhter Bleigehalt amtlich nachgewiesen wurde.

Seit dem 11.12.2017 liegen für alle betroffenen Gebäude rechtswirksame Anordnungen vor.

Am 19.12.2017 hielt das GA eine öffentliche Infoveranstaltung für Betroffene vor der Schule in der Süderwisch. Primäres Ziel war die adäquate Information und Risikokommunikation mit den Betroffenen, auch durch Einsatz von Sprachmittlern zum Überwinden sprachlicher Barrieren. Ferner wurden in Zusammenarbeit mit dem NLGA für Erwachsene eine Fragebogenaktion zur Trinkwassernutzung und ein Bluttest, zur Abschätzung der Exposition, angeboten.

Frage:

2. Zur Rechtslage: Gilt das Verursacherprinzip, d.h. kann der LK die jeweiligen Besitzer/Vermieter der Wohnungen rechtlich veranlassen, den Missstand umgehend abzustellen?

Beantwortung:

Add 2)

Der Unternehmer und sonstige Inhaber (UsI) einer Wasserversorgungsanlage hat die Verantwortung für die Wasserqualität nach der TrinkwV: das sind in der Regel der/die Eigentümer einer Liegenschaft oder der rechtliche Vertreter dieser. Die Rechtsgrundlagen bilden hier das Infektionsschutzgesetz (IfSG) und die Trinkwasserverordnung (TrinkwV).

Wenn Tatsachen vorliegen, z. B. Grenzwertüberschreitungen wie hier mit dem Parameter Blei, kann das Gesundheitsamt im Rahmen von gewerblicher Tätigkeit (dazu gehört Vermietung) Maßnahmen anordnen, um die resultierenden gesundheitlichen Gefahren zu beseitigen oder zu verringern. Es ist dabei im Rahmen der Ermessensausübung zu entscheiden, ob Maßnahmen erforderlich sind.

Bereits ohne Eingriff der unteren Gesundheitsbehörde bzw. des Gesundheitsamtes bestehen nach der TrinkwV grundsätzlich die Pflicht für den UsI, Untersuchungen zur Aufklärung der Ursachen und ggf. Maßnahmen zur Abhilfe durchführen zu lassen, wenn Tatsachen bekannt sind, dass die Trinkwasserinstallationen den Anforderungen der TrinkwV nicht entspricht. Wenn öffentliche Einrichtungen betroffen sind wie Schulen oder Kindergärten ist die Verwaltung sogar gebunden, Maßnahmen festzulegen.

Tatsachen sind dabei z. B. die Ergebnisse einer gestaffelten Stagnationsprobe in Bezug auf den Bleiwert in der Trinkwasserinstallation, die ein dafür akkreditiertes Labor oder das Gesundheitsamt auch selber durchführen kann auf Verdacht.

Ein Verdacht besteht z. B. bei einem erhöhten Blei-Wert eines Screenings, d. h. einer Wasserprobe, die jede/r Bürger/in selber durchführen kann. Das Labor des Nds. Landesgesundheitsamtes (NLGA) testet diese Wasserproben und teilt dann dem Einsender/in sowie dem örtlichen Gesundheitsamt das Ergebnis mit. Dieser Wert reicht für eine Anordnung jedoch noch nicht aus.

Das Vorliegen von sichtbaren Bleirohren stellt auch einen Verdacht dar. Der vom Gesetzgeber vorgegebene Grenzwert von 0,01 mg/l, der nicht überschritten werden darf, ist so gewählt, dass es

aktisch nicht möglich ist, eine Wasserprobe ohne Grenzwertüberschreitung zu belegen, solange Bleirohre ggf. auch nur teilweise in der Trinkwasserinstallation vorhanden sind.

Wenn das Trinkwasser nicht der geforderten Qualität der TrinkwV entspricht, darf dieses vom UsI den Verbraucher/innen nicht zur Verfügung gestellt werden. Ein vorsätzliches oder fahrlässiges Verhalten ist nicht nur bußgeld- sondern auch strafrechtsbewehrt: das zeigt den hohen Stellenwert von Verstößen bzw. wenn den Anordnungen nicht Folge geleistet wird.

Frage:

2a: Muss das GA bei möglichen Verdachtsfällen aktiv Anfragen stellen bzw. Verdachtsbeprobungen vornehmen?

Beantwortung:

Add 2 a)

Dem Gesundheitsamt obliegt die Rolle der Gefahrenabwehr der Bevölkerung in Bezug auf gesundheitliche Gefährdung.

Die Eingriffsgrundlagen nach dem Infektionsschutzgesetz sind eher weit gefasst: das Amt **hat** die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um Gefahren für die menschliche Gesundheit abzuwenden, die von Wasser für den menschlichen Gebrauch ausgehen.

Von Blei gehen definitiv Gefahren für die menschliche Gesundheit aus und der Laie kann die Gefahr nicht selber wahrnehmen. Von daher sind der Eingriff und das Aufgreifen von Verdachtsfällen die Aufgabe des Gesundheitsamtes.

Ich zitiere aus einem Urteil:

Es soll gerade abstrakten Gefahren vorgebeugt werden. Angesichts des Präventivgedankens des Infektionsschutzrechts ist die Behörde zu einem Einschreiten berechtigt, solange nicht sichergestellt ist, dass eine Gesundheitsschädigung unwahrscheinlich ist, Ausgehend vom hohen Gut der menschlichen Gesundheit und der damit verbundenen Notwendigkeit reinen Trinkwassers ist der Begriff „nicht zu besorgen“ eng auszulegen.

Eine Gesundheitsgefährdung ist zu besorgen und auch ein behördliches Einschreiten geboten, wenn die Möglichkeit des Schadenseintritts aufgrund der Erkenntnisse und Erfahrungen, sei es auch bei außergewöhnlichen Umständen, nach der menschlichen Erfahrung nicht als unwahrscheinlich anzusehen ist (vgl. BVerwG, Urteil vom 17.03.1989 – 4 C 30/88- BVerwGE 81, 347; 2BayVGH, Urteil vom 15.03.2000- 25 B 96.2188 – juris sowie etwa VG Ansbach, Urteil vom 22.01.2013 – AN 4 K 12.01499 – juris; VG München, Urteil vom 26.11.2009 – M 18 K 08.4980 – juris jeweils m.w.N. zur Rspr.).

Die hohe Priorität ist auch dem Umstand zu entnehmen, dass natürlich Rechtsmittel gegen Verfügungen nach dem IfSG eingelegt werden können, jedoch keine aufschiebende Wirkung erzeugt werden kann, d. h. eine sofortige Vollziehung muss gar nicht extra ausgesprochen werden, diese ist Verfügungen nach den hier gewählten Rechtsgrundlagen im IfSG immanent.

Frage:

2b: Seit wann ist der Einsatz von Bleirohren zur Trinkwasserdurchleitung verboten und gibt es eine gesetzliche Pflicht zum Austausch alter Bleirohre ?

Beantwortung:

Add 2 b)

Eine gesetzliche Pflicht zum Austausch von Bleirohren gibt es nicht.

In Deutschland beträgt der Grenzwert seit dem 1. Dezember 2013 10 µg/l (früher 25 µg/l). Damit ist verbunden, dass eine entsprechende Wasserprobe auf jeden Fall

Grenzwertüberschreitungen enthält, wenn in der Trinkwasserinstallation noch Bleirohre vorhanden sind. Damit existiert faktisch ein Blei-Verbot in Deutschland seit 2013, weil die belastete Probe die Anwendung der Maßnahmen nach IfSG und TrinkwV ermöglicht.

Von der rechtlichen Auslegung her ist es auch nicht korrekt, den Austausch der Bleirohre anzuordnen. Es kann nur um eine Sanierung der Trinkwasserinstallation gehen, um bleihaltiges Trinkwasser zu vermeiden; z. B. ist es technisch machbar, Bleirohre im Mauerwerk zu belassen und eine neue Installation herum zu legen.

Gemäß § 17 Absatz 2 TrinkwV gehört nach den Vorgaben der UBA-Empfehlung (Umweltbundesamt) das Material Blei nicht zu den zugelassenen Materialien, die Kontakt zu Trinkwasser haben dürfen bzw. geeignet sind für eine Trinkwasserinstallation. Der Begriff Empfehlung drückt die Wertigkeit dieser Vorgabe übrigens nicht ganz aus: Es ist ausgeurteilt, dass diese Empfehlungen rechtlich absolut verbindlich sind und Gesetzescharakter haben.

Frage

3.. Wie stellt sich heute die Trinkwasserbelastung in Süderwisch dar und werden weitere Verdachtsüberprüfungen durch den Landkreis vorgenommen?

Beantwortung:

Add 3)

In den betroffenen Häusern im Süderwisch besteht eine Nutzungseinschränkung des Leitungswassers, das Wasser darf nicht zum Trinken, zur Zubereitung von Speisen, zum Zähneputzen und zum Geschirrspülen gebraucht werden. Aktuell werden, wie vom GA angeordnet, in den 49 betroffenen Häusern provisorische Leitungen auf jede Etage verlegt, Wasser aus diesem Zapfhahn können die Bewohner ohne Nutzungseinschränkung verwenden. Diese Arbeiten sollten laut Eigentümer bis zum 16.01.2018 abgeschlossen sein. In der Zwischenzeit werden die Bewohner über Flaschenwasser versorgt. Bis zum 25.01.2018 muss der Eigentümer einen endgültigen Sanierungsplan vorgelegt haben.

Das GA erhält und sammelt Verdachtsmeldungen zum Vorhandensein von Bleileitungen aus der Bevölkerung. In der KW 2/3 2018 wird das weitere Vorgehen des GAs bei Verdachtsmeldungen mit externen Experten und landkreisintern besprochen und beschlossen.

Darüber hinaus wurden nochmals am 13.5.2018 zwei Nachfragen gestellt:

Frage 1:"Wie gefährlich ist eine Bleibelastung von Trinkwasser für Kinder/Jugendliche?"Zu Frage 1:

- Die Aufnahme von Blei über das Trinkwasser ist gesundheitsgefährdend und wirkt sich unter anderem auf das Nerven- und Blutbildungssystem und auf das Herz-/Kreislaufsystem aus.
- Bei Kindern bis zum 6./7. Lebensjahr (Hauptentwicklungsphase des Gehirns) spielen außerdem Beeinträchtigungen der Intelligenz-, Aufmerksamkeits- und Reaktionsleistungen und die Verschiebung der Hörschwelle eine Rolle.

- Blei wird über das Blut transportiert. Zum Teil wird es wieder ausgeschieden, zum Teil aber auch dauerhaft in Zähnen oder Knochen gespeichert. Im Knochen deponiertes Blei kann in körperlichen Stresssituationen (zum Beispiel Krankheit, aber auch Schwangerschaft) wieder mobilisiert werden und erneut in den Blutkreislauf gelangen.
- Daher sind insbesondere kleine Kinder und junge Frauen besonders vor der Aufnahme von erhöhten Blei-Konzentrationen zu schützen. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Kinderärzten und der Kinderklinik Cuxhaven wurde betroffenen Familien in Bereich von Süderwisch eine Beratung über die Gesundheitsgefährdung und ggfs. eine Untersuchung angeboten.

Frage 2 "Hält die Verwaltung eine grenzwertüberschreitende Bleibelastung im Landkreis heute immer noch für möglich bzw. welche Erkenntnisse hat der Landkreis über Bleileitungen im Gebäude-/Wohnungsbestand bei Mietwohnungen im Landkreis?"

Zu Frage 2:

Wir haben noch einmal die Anzahl verifiziert: Es handelt sich aktuell um **130 Liegenschaften**, bei denen eine **Grenzwertüberschreitung durch die gestaffelten Stagnationsproben nachgewiesen** wurde.

Das sind nur Liegenschaften aus dem Stadtgebiet Cuxhaven, aus dem LK-Gebiet liegt aktuell noch nichts vor.

Es handelt sich überwiegend um Mehrfamilienhäuser (über 95 %) mit mdst. sechs Wohneinheiten im Schnitt.

Es wurde nicht immer für alle Wohnungen nachgewiesen.

Berechnung: $130 \times 6 = 780$

Von 780 Wohnungen kann man ausgehen, wenn man von einer Belegung von 3 Personen im Schnitt ausgeht, sind das 2340 Personen in der Summe. **Bei über 2000 Personen liegt man nicht falsch.** Das sind lediglich die abgearbeiteten Hinweise auf sichtbare Bleileitungen, pos. Screenings oder durch UsI präventiv in Auftrag gegebene Proben, die wir abgearbeitet haben. Es sind aktuell auch noch Ergebnisse offen, die Proben wurden in den letzten zwei Wochen gezogen und es werden auch noch Beprobungen stattfinden.

Es ist geplant, dass wir zu gegebener Zeit Häuser mit Baugleichheit, etc. ins Visier nehmen.“